Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 ℳ, monatl. 1.00 ℳ ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint wöchentlich 7 mal und zwar morgens.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14684, 14685, 14694.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰. Finanzielle Anzeigen 30 ₰. Reklamen 1 ℳ; von auswärts 30 ₰. Reklamen 1.20 ℳ. vom Ausland 50 ₰. finanz. Anzeigen 75 ₰. Reklamen 1.50 ℳ.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 ₰. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Luisenstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 268. Montag 27. September 1909. 103. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei für das Königreich Sachsen hielt am Sonntag in Dresden eine Versammlung ab, in der er sich mit den bevorstehenden Landtagswahlen beschäftigte. (S. d. bes. Art.)

* Die Eröffnung der Berliner Flugwoche und zugleich des neuen Flugplatzes bei Johannisthal-Niederschönweide hat gestern im Beisein einer großen Menschenmenge stattgefunden. Gegen 5 Uhr stiegen de Caters und Blériot zu kurzen Flügen auf, ein Flugversuch Leblanes auf dem Apparat Blériots endete nach kaum einer halben Runde mit einem Sturz infolge Motordefektes. Der Apparat überschlug sich, doch blieb der Flieger unverletzt. Alle Flüge standen außer Konkurrenz. Der Preis von Berlin kam, da die dazu notwendigen Vorbereitungen noch nicht vollendet waren, heute nicht zum Austrag. (S. d. bes. Art.)

* Da die ausländische Presse fortfährt, Meldungen über einen angeblich in Kiew stattgehabten Judenpogrom zu veröffentlichen, hält die Petersburger Telegraphen-Agentur es für angezeigt, abermals zu versichern, daß dort kein Pogrom stattgefunden hat.

* Aus Melilla wird amtlich gemeldet: Die Spanier haben Nador und die umliegenden Anhöhen besetzt. Zahlreiche Mauren haben sich unterworfen und 60 Gewehre ausgeliefert. Ein baldiger Friedensschluß soll bevorstehen. (S. Letzte Dep.)

Flottenabrüstung?

Aus Berliner politischen Kreisen wird uns geschrieben:

Von einem englischen unionistischen Blatte wird dem deutschen Reichskanzler vorgeworfen, daß er durch Aeußerungen, die von ihm in Wien im Zusammenhang mit der Flottenabrüstungsfrage gefallen sind, Unkenntnis des Standes dieser Angelegenheit verraten habe. Im englischen Parlament hat der Premierminister Asquith gesagt, man habe die Initiative in der Abrüstungsfrage ergriffen. Es konnte zweifelhaft sein, ob der englische Minister damit auf einen neuen Schritt oder auf die bekannte ältere Anregung abzielte. Die deutschen Politiker sind sich darüber einig geworden, daß lediglich die in der Vergangenheit liegende Anregung gemeint war. So hat man die Sache auch in England aufgefaßt, und es ist denn in der Tat auch keine neue Anregung von England ergangen. Damit steht in Widerspruch, was die „Wiener Neue Freie Presse" aus einer Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler zu berichten weiß. Es ist da zu lesen:

Der Reichskanzler lächelte ein wenig, als auch davon gesprochen wurde, daß unsere Monarchie (Oesterreich-Ungarn) jetzt bald zu den Dreadnoughts-Staaten gehören werde. Wird der Wettlauf der Flotten nirgends eine Grenze finden und niemals zum Stillstande gebracht werden? Das ist die wichtigste und ernsteste Frage, die an einen deutschen Reichskanzler gerichtet werden kann. Er sagte langsam und zögernd: „Sie haben sicher gelesen, was der englische Premierminister im Parlamente mitgeteilt hat. Er will die Initiative ergreifen." Der Besucher wagte sich ein bißchen weiter vor mit der Frage: „Wird Deutschland gegenüber dieser Initiative den früheren Standpunkt wieder einnehmen?" Der Reichskanzler antwortete, mehr mit einer Geste als mit Worten: „Wir werden ja sehen und hören, und es wird sich dann zeigen." Ganz allgemeine Worte, und doch lag etwas in den Bewegungen, in den Mienen und im Blicke der Augen, das anzudeuten schien: Das ist er selbst! Hier taucht ein neuer Reichskanzler auf, der seinen eigenen Weg sucht, den Weg zum Weltfrieden. Vielleicht war es doch nicht mehr, als eine Hoffnung. Aber sie war sehr angenehm. „Wie froh bin ich", sagte der Reichskanzler, „daß ich hier noch soviel Sonnenschein finde. Bei uns ist es schon sehr kalt."

Wenn der Kanzler durch seine Bemerkungen einen Irrtum in bezug auf die Aeußerung des englischen Ministers kundgegeben hat, so wird er das zu tragen haben. Wichtiger ist, ob er in seiner eigenen Stellungnahme zu dem Problem einen Fehler begeht oder nicht. Die Frage der Flottenabrüstung ist vielleicht die wichtigste, die überhaupt in den letzten Jahren aufgetaucht ist. Man braucht ja nicht alle Tage davon zu reden, aber darüber muß man sich doch klar sein, daß durch die Aufwerfung eines solchen Problems leicht ein Krieg, der nächste große europäische Krieg, entstehen kann. Die Deutsche Regierung hat sich, soviel man weiß, bisher ablehnend gegen die englische Anregung verhalten. Was das Wiener Blatt andeutet, ist nichts Geringeres, als daß hierin ein Umschwung eintreten könne. So entgegengesetzte Organe wie das „Berliner Tageblatt" und die „Kreuz-Zeitung" haben prinzipiell oder gelegentlich eine Aenderung der deutschen Stellungnahme befürwortet; tritt der neue Reichskanzler jetzt auf ihre Seite? Das „Wiener Blatt" möchte es glauben, aber, wenn man genauer zusieht, scheint der Reichskanzler auf die strikte Frage des Interviewers doch hauptsächlich mit einer „Geste", also doch wohl mit Achselzucken, geantwortet zu haben; dann aber ging er aufs Wetter über. Einstweilen sind also deutliche Anzeichen für einen Umschwung noch nicht vorhanden.

Doch müssen auch die Freunde des ruhigen ungestörten Weiterbaues an der deutschen Flotte zugeben, daß in der Arbeit der Werften die deutsche Politik sich nicht erschöpfen kann. Mögen Reichsmarineamt und deutsche Technik das Ihre tun, außerdem haben wir doch noch eine Diplomatie, und dieser fällt sicherlich angesichts des Abrüstungsgedankens auch eine Aufgabe zu. Wir wenigstens würden es als Pflichtversäumnis ansehen, wollte die deutsche Diplomatie ruhig zusehen, wenn Deutschland vor dem Forum der Völkerpolitik als rüstungstolles, auf Abenteuer ausgehendes Element hingestellt würde. Es kann gar nicht so schwer sein, diese Meinung von Deutschland abzuwenden. Von englischen Politikern wird offen — mit oder ohne Abrüstung — die Herrschaft zur See, und zwar nicht etwa nur in der Nordsee, sondern auf allen Meeren verlangt. Ob das gerade ein Anspruch ist, der England in den Augen von Seemächten wie Amerika und Japan als besonders berechtigt erscheinen läßt, bei anderen Mächten eine Abrüstung anzuregen, muß bezweifelt werden. Dazu kommt die Schaffung eines neuen Schlachtschifftyps, der Dreadnoughts, durch England und die eben erfolgte Ankündigung eines neuen Kreuzertyps. Die deutsche Diplomatie müßte sich doch geradezu strafbarer Versäumnis schuldig machen, wenn es ihr unter diesen Umständen nicht gelänge, das Odium, daß Deutschland der rüstungseifrige Teil sei, zu beseitigen.

Diese Erwägung, daß unserer Politik eine doppelte Aufgabe gestellt ist, ist so einfach und drängt sich so sehr auf, daß man glauben darf, sie werde von den maßgebenden Stellen geteilt. Einen Gegensatz zwischen dem neuen und dem alten Reichskanzler braucht man auch nicht zu konstruieren. Fürst Bülow hat durch die Behandlung des interparlamentarischen Friedenskongresses bewiesen, daß auch er es für wünschenswert hielt, das Dogma zu zerstören, Deutschland und immer wieder Deutschland, sonst nichts auf der weiten Welt, stehe dem Frieden entgegen. Dabei hat in den letzten Jahrzehnten eine Macht nach der andern Krieg geführt, nur Deutschland nicht!

Der Ankläger im Schücking-Prozesse.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das Auftreten des öffentlichen Anklägers im Schückingprozeß wird in hiesigen liberalen Kreisen nicht als geschickt angesehen. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, in einem solchen Disziplinarprozesse dürfe der Anwalt der Verwaltung in gleicher Weise den Angeklagten schwarz malen und alles, was er getan, „schlecht" machen, wie umgekehrt der Vertreter des Angeklagten diesen weiß waschen dürfe, so könnte ja das Verhalten des Herrn v. Falkenhayn leidlich gerechtfertigt erscheinen. Aber das Volk schreibt nun einmal dem Vertreter des Staates eine höhere Aufgabe zu. Von ihm erwartet es mehr, als von einem armen Sünder, der vielleicht um sein Haupt und um sein Leben ringt. Zumal wenn immer erneut die Anklagebehörde als die objektivste Behörde der Welt hingestellt wird, kann man von ihr verlangen, daß sie die Handlungen eines Angeklagten einigermaßen korrekt in den großen Tatbestand der Rechtsordnung und der Staatseinrichtungen einzuordnen versteht, zum mindesten daß sie nicht diesen Tatbestand selbst verwirrt. Als eine Verwirrung aber muß dies und jenes bezeichnet werden, was Herr von Falkenhayn nach den Preßberichten vorgebracht hat. Wenn nach diesen Berichten Herr von Falkenhayn erzählte, im Ministerium des Innern habe man erwogen, ob man das Buch Schückings über die „Reaktion" für die Bibliothek als „Kuriosum" anschaffen solle, habe das aber schließlich doch unterlassen, so ist es nicht ganz leicht, an das letztere zu glauben. Sollte wirklich in der Bibliothek des Ministeriums des Innern kein Exemplar des Schückingschen Buches vorhanden sein? Das wäre, gelinde gesagt, sehr unpraktisch und würde von sehr schlechter Verwaltung — der Bibliothek zeugen. Es wäre ungefähr ebenso unsachgemäß, als wenn der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in seiner Bücherei kein einziges Exemplar von Marx' „Kapital" oder von Bebels „Frau" führte.

Ganz falsch wäre die Darstellung, als wenn an der preußischen Verwaltung und an dem von Schücking hart angegriffenen preußischen Wahlrecht durchaus nichts ausgestellt werden dürfte. Es würde nicht zu der Tatsache passen, daß eine besondere staatliche Kommission zur Beratung der Verwaltungsreform eingesetzt und die Reform des Wahlrechts feierlich angekündigt worden ist. Beides weiß natürlich Herr von Falkenhayn ganz genau, das letztere besonders deshalb, weil er selbst Dezernent für die Wahlrechtsreform ist.

Herrn von Falkenhayn wird nachgerühmt, daß er im Umgang besondere persönliche Liebenswürdigkeit an den Tag lege. Dieser Vorzug soll ihm in keiner Weise geschmälert werden, aber es muß anderseits zugegeben werden, daß er in seinem öffentlichen Auftreten schon früher schlecht abgeschnitten hat. Ob es seine Schuld war, daß er seinerzeit dem preußischen Herrenhause nicht als Kommissar angemeldet war und so der ehemalige Staatsminister Graf Botho Eulenburg Anlaß erhielt, ihn völlig abfallen zu lassen, wollen wir nicht entscheiden. Jedenfalls war es seinem persönlichen Konto zuzuschreiben, als er kürzlich bei Beratung der Diätenfrage im preußischen Abgeordnetenhause durch sein brüskierendes Auftreten höchstes Befremden erregte. Hier war es der freikonservative Abgeordnete Arende, der ihm scharf erwiderte. Nur Toren beurteilen einen Menschen nach seinem Debüt, aber Herr von Falkenhayn ist eben über das Debüt hinaus. Und die nicht geringen Aufgaben, die in seine Hand gelegt worden sind, lassen ihn doch nicht als den ersten besten erscheinen.

Tagung des Landesausschusses der nationalliberalen Partei.

Dresden, 26. September.

Unter außerordentlich starker Beteiligung trat der Landesausschuß des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen heute in Dresden zusammen, um vor den Landtagswahlen Wehr und Waffen zu prüfen. Fast alle Vereine hatten ihre gewählten Vertreter entsandt, 160 an der Zahl. Auch die Kandidaten der nationalliberalen Partei waren, wenige ausgenommen, erschienen. Der erste Vorsitzende Herr Franz Gontard-Leipzig war leider durch eine Erkrankung verhindert. An seiner Stelle führte Herr Professor Dr. **Brandenburg**-Leipzig den Vorsitz. Er eröffnete kurz nach 12 Uhr die Verhandlungen mit der Begrüßung der Parteifreunde und wies auf die große Bedeutung des bevorstehenden Wahlkampfes hin.

Generalsekretär Dr. **Westenberger** gab alsdann einen Ueberblick über die politische Lage und bezeichnete das Hineinspielen der Frage der Reichsfinanzreform als unvermeidlich. Wie sie wirke, habe die Reichstagsersatzwahl in Stollberg-Schneeberg gezeigt, wo sich die nationalliberale Partei geradezu geopfert habe. Besonderen Dank verdiene der nationalliberale Kandidat Vorwerk. (Beifall.) In Zukunft müsse der Grundsatz gewahrt werden, in ähnlichen Fällen einzig und allein die nationalliberale Politik zu vertreten. Im bevorstehenden Landtagswahlkampf haben wir zu rechnen: erstens mit der durch die Finanzreform gesteigerten Stoßkraft der Sozialdemokratie; zweitens mit der Schwenkung der Konservativen, die jetzt die Berliner Konservativen infolge systematischer Bearbeitung durch den Bund der Landwirte völlig decken; drittens mit der Mittelstandsvereinigung, die heute tatsächlich die Fahne der Konservativen trage; endlich viertens mit der gesteigerten Unternehmungslust des Freisinns. Daraus ergaben sich Verhandlungen mit den Freisinnigen Parteien. Diese Verhandlungen haben bis jetzt leider wenig Praktisches ergeben. Im ganzen haben die Nationalliberalen bis heute 63 Kandidaten aufgestellt; voraussichtlich werden sie es bis zu

70 Kandidaten

bringen. Die Kandidatenfrage sei diesmal besonders schwierig um deswillen gewesen, weil namentlich in industriellen Kreisen nicht die genügende Bereitwilligkeit zur Uebernahme von Kandidaturen vorhanden sei. Für den Kampf selbst sei dringend an die rein persönliche wie namentlich auch die finanzielle Opferwilligkeit der Parteifreunde zu appellieren. Redner erklärt zum Schluß unter lebhaftem Beifall der Anwesenden: Die Sache der Nationalliberalen steht gut!

In der nun folgenden Debatte über die allgemeine politische Lage, an der sich die Herren Vorwerk-Untersachsenberg, Langhammer-Chemnitz, Hartmann-Bautzen, Dr. Rudolph-Leipzig, Küchler-Zwönitz, Otto-Leipzig, Schippel-Meißen, Claus-Leipzig, Fleischer-Dresden, Seidemann-Leipzig, Dr. Vogel-Dresden, Grote-Chemnitz beteiligten, wurde zunächst die Reichstagsersatzwahl in Stollberg-Schneeberg nochmals erörtert, dann wandte man sich der Besprechung der Landtagswahlen zu, die eine volle Uebereinstimmung ergab. Man müsse **gegen die Sozialdemokratie und auch gegen die rechtsstehenden Parteien** mit aller Entschiedenheit auftreten, solle aber noch eine Verständigung mit dem Freisinn anstreben.

Hiernach wurde nach kurzer Debatte folgende

Resolution

angenommen:

„Wir fordern alle Parteifreunde in Stadt und Land wie insbesondere unsere Einzelorganisationen auf, im Landtagswahlkampf mit der größten Entschiedenheit für unsere Sache einzutreten und keine Anstrengung zu scheuen, um der nationalliberalen Partei in der Zweiten Kammer die Geltung zu verschaffen, die sie nach ihrer stetig wachsenden Anhängerschaft beanspruchen kann und muß. Die nationalliberale Partei hofft, daß bei der Aufstellung neuer Kandidaten eine weitere Zersplitterung der liberalen Stimmen möglichst vermieden werden wird."

Nach einer Aussprache über einzelne Wahlkreise wird folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

„Der Landesausschuß mißbilligt es, wenn von einzelnen örtlichen Parteiorganisationen Kompromißbeschlüsse gefaßt werden, die in Widerspruch zu der bereits im Januar festgelegten Stellung des Landesausschusses zu den Landtagswahlen stehen."

In einem Schlußwort sprach Professor Dr. Brandenburg-Leipzig den Wunsch aus, daß die Nationalliberalen als stärkste Partei in den Landtag einziehen mögen.

Von den nationalliberalen Abgeordneten des bisherigen Landtags waren anwesend: Anders-Dresden, Bauer-Aue, Braun-Freiberg, Clauß-Chemnitz, Kleinhempel-Wilkau, Langhammer-Chemnitz, Müller-Hirschfelde, Dr. Niethammer-Waldheim, Pflug-Zittau, Poppitz-Plauen, Richter-Großschönau, Dr. Vogel-Dresden.

Beginn der Berliner Flugwoche.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

, **Berlin**, 26. September. (Privattelegramm.)

Draußen in Johannisthal — man fährt eine gute Stunde hinaus — begann heute die erste Berliner Fliegerwoche. Oder vielmehr: sie begann nicht. Selten hatte man den Berlinern ein Ereignis mit so pompöser Reklame angekündigt, selten waren sie dann bitterer enttäuscht. Man stand, man wartete, wartete geduldig Stunde um Stunde: — nichts. Am Signalmast, mitten im Flugfeld, eine weiße Flagge: „Wahrscheinlich wird geflogen." Man wartete seit 1 Uhr mittags.

In der sechsten Stunde begann dann endlich sich etwas zu rühren. Langsam taten sich die Fliegerschuppen auf, man sah Silhouetten einzelner Maschinen. Auf langen Gerüstwagen wurde Blériots Apparat herbeigeschleppt. Blériot selbst kam gemächlich an im blauen Fliegerkostüm, mit lecker Fliegerkappe. Er unterhielt sich gelassen mit seinen Freunden und fertigte — weil sich ja ein weltberühmter Mann das erlauben kann — einen neugierigen Landsmann, der sich als Korrespondent einer Pariser Zeitung vorgestellt hatte, sehr gelangweilt mit den Händen in den Hosentaschen ab.

Schweigsam stand der weiße Schuppen Lathams da, er rührte keinen Laden, er blieb verschlossen. Rougier öffnete ein paar Luken und beschied sich damit für diesen Tag. Sanchez Beza, der chilenische Gesandtschaftsattaché in Paris, dem die Diplomatengeschäfte die Erfinderbetätigung offenbar gestatten — Sanchez Beza machte am meisten Krach. Im offenen Schuppen rackerte seine Maschine, stöhnte und ächzte, ließ ihren Motor arbeiten, daß es sicher allen Leuten imponierte. Weniger freilich imponierte der Attaché, als er den Aeroplan — einen Zweidecker — endlich auf den Flugplatz geschafft hatte. Er machte zwar wieder Krach, aber er flog nicht. Und dabei blieb es. Schließlich ging die Flugmaschine auf ihren soliden Rädern solide über irdisches Terrain, ein Automobil mit Riesenflügeln, und ließ sich befriedigt in ihren Schuppen wieder zurückbringen. Es war ein Erfolg . . .

Besser erging es de Caters. Er nahm den Anlauf sicher und ruhig, nahm dann die Kurven mit Eleganz, faßte die Bahn — in der Höhe von 20—30 Metern etwa — mit großer Schnelligkeit ab. Ein paar Probeflüge, dann fuhr auch er nach Hause.

Blériot war der Tagesheld, wenn dieser Tag überhaupt einen Helden hatte. Er flog rapid, voll Sorglosigkeit, und sicher hat sein Apparat vor den anderen, wie man sagt, Grazie voraus. Eine schlanke, schmale, zierliche Libelle, leicht jedem Druck, jedem Steuer gehorchend. Und Blériot stieg von neuem auf, — flog triumphischer, siegesbewußt, daß es vielleicht nur ihn selbst wunderte, daß er plötzlich aus dem Himmel fiel, oder vielmehr nicht er, sondern einer seiner Leute, dem Blériot seinen Eindecker anvertraut hatte und der dann froh sein mußte, daß er sich nicht das Genick brach, als die Maschine sich überschlug, eine Sekunde noch in der Luft baumelte, und dann jählings niederstürzte. . . Das Malheur passierte kurz vor Sonnenuntergang, weit vom Start, auch die Autos der Flugplan-Gesellschaft und der Sanität hatten gute Weile, sich sofort bis zum Ort der schnellen, unfreiwilligen Landung durchzuarbeiten. Dann hörte man noch, daß dem Lenker nichts, der Maschine aber Böses geschehen sein sollte.

Von dem Mast am Start flog die rote Fahne herab — es wird nicht weitergeflogen. Ein Probeduett Blériots und de Caters, 5 Minuten lang war alles gewesen. Man ging nach Hause, hoffte auf morgen und entrüstete sich wenigstens für heute. . . .

Deutsches Reich.

Leipzig, 27. September.

* **Zur Landtagswahl.** Im Wahlkreise Chemnitz II wurde vom Konservativen Verein zu Chemnitz Regierungsrat Dr. Oertel aufgestellt. Um die vier Chemnitzer Wahlkreise werden nunmehr 16 Kandidaten ringen. — Im 4. städtischen Landtagswahlkreise (Pirna-Königstein-Schandau) ist, wie man uns schreibt, die Landtagswahlbewegung in eine neue Phase getreten. Es ist für den nächsten Dienstag eine Versammlung einberufen, damit bei Vermeidung jeder Doppelkandidatur ein völlig geschlossenes Vorgehen ermöglicht wird. Man sieht dem Ergebnis der Versammlung mit besonderer Spannung entgegen. — Auf nationalliberaler Seite wird man zweifellos von den Beschlüssen des Landesausschusses der Partei, die auf ein selbständiges Vorgehen abzielen, nicht abgehen.

* **Gründung eines nationalliberalen Vereins.** In Marienberg in Sachsen ist nach einer kürzlich abgehaltenen Wählerversammlung ein nationalliberaler Verein für Marienberg und Umgegend gegründet worden, dem sofort 75 Mitglieder beitraten.

SLUB Wir führen Wissen.